

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

4. September 1950

Blatt 1469

Der Wiederaufbau in St. Marx

=====

4. September (Rath.Korr.) Der Wiederaufbau der durch Kriegseinwirkungen schwer beschädigten Objekte in St. Marx macht rasche Fortschritte. Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten bewilligte in seiner letzten Sitzung weitere Beträge für die Durchführung der umfangreichen Inneneinrichtung. Für die Elektroinstallation der Kälberhalle wurden 145.000, für Schlosserarbeiten in der Schafhalle 400.000, für den Ankauf von 18 Rollgewichtswaagen 410.000 und für die Errichtung von 10 Ausladerampen und der Parkplätze 860.000 S bewilligt - zusammen 1,815.000 S. Zugleich wurden größere Installationsarbeiten in der Großmarkthalle-Detailmarkt vergeben.

Der Gemeinderatsausschuß beschloß außerdem weitere Einkäufe von Baumaterialien, unter anderem 7800 t Kleinsteine, 300 t gußeiserne Abfallrohre und Formstücke und 1000 t Portlandzement. Für eine ganze Reihe von Wohnhausbauten und instandgesetzten Schulhäusern wurden Handwerkerarbeiten in Auftrag gegeben.

Entfallende Sprechstunden

=====

4. September (Rath.Korr.) Am Freitag, den 8. September, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten Dr. Robetschek.

Eine Überlandpartie für die Alten

=====

4. September (Rath.Korr.) Jemand hatte eine anerkennenswerte, zur Nachahmung empfohlene Idee: Die Insassen der Altersheime sollten von Automobilisten zu einer Spritztour, zu einer Vergnügungsfahrt eingeladen werden. Der Verkaufschef eines Autogeschäftes hatte mit der zuständigen Magistratsabteilung Verbindung aufgenommen und die Annahme des Anerbietens ließ nicht lange auf sich warten.

Nachdem in den Altersheimen die Anzahl der Teilnehmer ermittelt wurde, erging an die Autobesitzer das Ersuchen, sich für einen Samstagnachmittag mit ihren Wagen zur Verfügung zu stellen. An der Überlandpartie nahmen insgesamt 224 Heiminsassen in 80 Autos teil. Die Vorbereitungen zu dieser Ausfahrt blieben nicht verborgen, denn als sich die etwa eineinhalb Kilometer lange Wagenreihe in Bewegung setzte, wurden die Autofahrer mit ihren Gästen überall lebhaft begrüßt. Den Höhepunkt der Ausfahrt bildete die Einkehr in ein Restaurant, wo die überraschten Heiminsassen zum Kaffee eingeladen wurden. Wie sollten die Alten nicht wieder jung und lebenslustig werden, wenn ihnen bei dieser Jausentafel auch noch eine Musikkapelle aufspielte!

Die Idee der Zürcher Autobesitzer mit ihrer Spritztour für Altersheiminsassen (die Überlandpartie wurde am vergangenen Samstag in der Stadt Zürich arrangiert) wurde von der gesamten Bevölkerung mit Sympathie aufgenommen.

Offener Brief an den Finanzminister

=====

4. September (Rath.Korr.) Der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates, Nationalrat Dr. Zechner, hat heute an den Finanzminister folgenden offenen Brief gerichtet:

Wien, den 4. September 1950

Sehr geehrter Herr Finanzminister!

Ich habe Ihre Stellungnahme in der Lehrerfrage gelesen und möchte mir dazu einige Bemerkungen erlauben.

Es ist richtig und alle Einsichtigen wissen und verstehen, daß in diesen Notzeiten gespart werden muß. Die Zeche, die im Krieg aufgelaufen ist, ist so groß und so vielseitig, daß sie nur nach und nach beglichen werden kann. Jeder, der im Staat, Land oder Gemeinde zu verwalten hat, muß alle überflüssigen Ausgaben vermeiden und darf das Geld der Allgemeinheit nur für Notwendiges und Dringendes verwenden.

Der Stadtschulrat für Wien hat daher von seinem gesetzlich gewährleisteten Recht, die durchschnittliche Klassenschülerzahl niedrig zu halten, keinen Gebrauch gemacht, sondern hat im Gegenteil im Vorjahr und heuer die Klassenschülerzahlen noch erhöht. Er hat die Parallelklassen der staatlichen Lehrerbildungsanstalten in Wien jahrgangsweise aufgelassen, so daß hier nicht nur an Lehrpersonal und am Sachaufwand Ersparnisse erzielt werden, sondern auch die Ausbildung von Lehrern, die dann nicht gebraucht werden, nach Möglichkeit verhindert wird. In den Handels- und Berufsschulen, die vorläufig noch sinkende Schülerzahlen zeigen, wurden Jahr für Jahr überflüssige Lehrpersonen abgebaut. Und am Ende des letzten Schuljahres hat der Stadtschulrat 22 Mittelschuloberklassen mit Klassen an anderen Schulen zusammengelegt, weil ihre Schülerzahl unter 15 gesunken war. Zu all dem hat der Stadtschulrat für Wien keine Weisung eines Ministeriums gebraucht. Es muß gespart werden und es wurde gespart und ich habe es auf mich genommen, 22 Elterndeputationen zu erklären, daß der österreichische Staat es sich nicht leisten kann, Mittelschulklassen mit 8, 10 oder 14 Schü-

lern zu führen, wenn an anderen Schulen der gleichen Art Platz ist. Es war dies eine weder leichte noch angenehme Aufgabe.

Dagegen ist der Stadtschulrat für Wien nicht in der Lage, eine zusätzliche Menge von 12. bis 15.000 Schülern des Pflichtschulalters in den bestehenden Schulklassen unterzubringen. Erste Volksschulklassen mit 40 und erste Mittelschulklassen mit 50 Schülern sind pädagogischer Wahnsinn und Raubbau an der physischen und psychischen Kraft der Lehrer. In solchen Klassen leiden dann die Schüler am meisten, die keine häusliche Nachhilfe haben. Aber gerade diese Schüler und deren Eltern habe ich als Präsident des Wiener Stadtschulrates - und als Abgeordneter der Sozialistischen Partei - zu schützen.

Sie haben, sehr geehrter Herr Finanzminister, in Ihrer Budgetrede von einem dringenden Verlangen der breiten Öffentlichkeit gesprochen, den Stand der öffentlichen Bediensteten zu reduzieren. Von einem Verlangen der breiten Öffentlichkeit, Lehrer abzubauen oder notwendige Lehrer nicht anzustellen, ist mir nichts bekannt. Die öffentliche Meinung wünscht den Abbau aller Dinge, Einrichtungen und Personen, die überflüssig sind, Geld kosten oder verteuern wirken, wie etwa der funktionslose Zwischenhandel. Sie ist auch für den Abbau überflüssiger Angestellten, weil sie hofft, daß dadurch die Verwaltung nicht nur billiger, sondern auch einfacher und besser wird. Sie wünscht aber nicht, daß die öffentliche Schule durch Sparmaßnahmen schlechter wird. Jeder Abbau und jede Nichtanstellung notwendiger Lehrer bedeutet aber eine Verschlechterung des Schulwesens.

Noch immer werden große Summen aufgewendet, um Mittelschullehrer auszubilden, die nie eine Anstellung erhalten können. Es gibt z.B. bereits so viel Kandidaten für das Lehramt in Deutsch, Fremdsprachen, Geographie und Geschichte, daß der Bedarf für die nächsten 30 Jahre gedeckt ist. Hier hätte man schon lange sparen können. Im Vorjahr wurden 20 Millionen für die Bezahlung der Religionslehrer bewilligt, die bis dahin von den Religionsgemeinschaften bezahlt wurden, und kein Finanzminister hat ein Wort dagegen gesagt, weder der frühere noch der jetzige. Damals wurde nicht gesagt, daß dafür ein Jahr später

die Klassenschülerzahl an den Pflichtschulen oder die Dienstverpflichtung der Lehrer wird erhöht werden müssen. Das so notwendige neue Schul- und Erziehungsgesetz kommt nicht zustande, weil das Bundesministerium für Unterricht und die hinter ihm stehenden Kreise die Bezahlung der konfessionellen Privatschulen aus öffentlichen Mitteln fordern. Kein Ö.V.P.-Finanzminister hat gegen diese Forderung Protest eingelegt.

Gewiß, jede Sparmaßnahme kann der Bevölkerung verständlich gemacht werden, aber nur dann, wenn die Lasten, die die Zeche des Krieges darstellen, von allen annähernd im gleichen Maße getragen werden. Gleiches Leid ist halbes Leid, Aber die zitierte öffentliche Meinung, die Meinung der hunderttausend Kriegsoffer, der Arbeiter und kleinen Angestellten, der Lehrer aller Schularten und der Beamten aller Kategorien, geht dahin, daß die Lasten sehr ungleich verteilt sind. Nicht nach den leider vielfach fiktiven Ansätzen der Steuertabellen ist diese Frage zu beurteilen, sondern so, wie es die Bevölkerung tatsächlich tut, nämlich nach dem Aufwand, den sich vor ihren Augen ein nicht geringer Teil der Bevölkerung leisten kann.

Solange diese Unausgeglichenheit, dieses krasse Mißverhältnis zwischen geleisteter Arbeit und Lebenshaltung, zwischen dem einen Teil der Bevölkerung und dem anderen, herrscht, könnte ich den harten Sparmaßnahmen des Finanzministeriums auf dem Gebiet des Schulwesens das nötige Verständnis selbst dann nicht entgegenbringen, wenn mir nicht ihre verheerende Auswirkung auf das mir anvertraute Wiener Schulwesen täglich und stündlich vor Augen stünde.

Ich bin überzeugt, daß auch Sie, sehr geehrter Herr Minister, wenn Ihnen dieser unmittelbare Einblick gewährt wäre, sich meiner Auffassung nicht verschließen könnten.

Nationalrat Dr. Leopold Zechner
Präsident des Stadtschulrates für Wien

Rindermarkt vom 4. September - Hauptmarkt
=====

4. September (Rath.Korr.) Unverkauft von der Vorwoche:
23 Ochsen, 13 Stiere, 18 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 57. In-
land, Neuzufuhren: 233 Ochsen, 278 Stiere, 741 Kühe, 141 Kal-
binnen, Summe 1.393. Jugoslawien: 1 Stier, 116 Kühe, 23 Kal-
binnen, Summe 140. Rumänien: 55 Ochsen, 1 Stier, 2 Kühe,
13 Kalbinnen, Summe 71. Gesamtauftrieb: 311 Ochsen, 293 Stiere,
877 Kühe, 180 Kalbinnen, Summe 1.661. Unverkauft: 4 Ochsen,
23 Stiere, 11 Kühe, Summe 38. Verkauft: 307 Ochsen, 270 Stiere,
866 Kühe, 180 Kalbinnen, Summe 1.623. Außermarktbezüge:
78 Rinder.

Preise: Ochsen 5.50 bis 6.80 S, dichtester Preis 6.- S,
Stiere 5.80 bis 7.80 S, dichtester Preis 7.- S, Kühe 4.50 bis
5.90 S, dichtester Preis 4.70 bis 5.- S, Kalbinnen 5.50 bis
6.80 S, dichtester Preis 6.20 bis 6.30 S, Beinlvieh 4.- bis
5.10 S, dichtester Preis 4.50.

Bei anfangs lustlosem, später lebhaftem Marktverkehr
verbilligten sich Ochsen um 20 bis 30 Groschen, Stiere mit
Ausnahme der Extremstücke, die die Vorwochenpreise schwach
behaupteten, um 20 Groschen, Kühe um 30 bis 50 Groschen, Kal-
binnen um 20 Groschen und Beinlvieh um 20 Groschen.

Der erste Schultag in Wien
=====

4. September (Rath.Korr.) Den Meldungen zufolge, die der
Zentrale des Stadtschulrates heute mittags zugegangen sind,
ist infolge der Anordnungen des Stadtschulrates, die Schul-
leiter und die ganze Personalreserve in den Klassendienst
einzusetzen, der erste Schultag ohne große Störungen vorbei-
gegangen. An den 140 Hauptschulen Wiens konnten Schwierig-
keiten deshalb leichter überwunden werden, weil der normale
Fachunterricht, der um 50 Prozent mehr Lehrer erfordert, am
ersten Schultag noch nicht aufgenommen wurde. Außerdem stand
eine Anzahl von Lehrern solcher Schulen zur Verfügung, die

4. September 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1475

wegen umfassenden und noch nicht abgeschlossenen Feriareparaturen mit dem Schulbetrieb noch nicht beginnen konnten. Nur im 21. und im 23. Gemeindebezirk machte sich der Lehrermangel stärker fühlbar.

Der Stadtschulrat wird auf Grund der Berichte der Bezirksschulinspektoren versuchen, ausgleichend einzugreifen und im Einvernehmen mit der Lehrerschaft prüfen, welche weiteren Notmaßnahmen getroffen werden können.

Der Stadtschulrat für Wien ersucht die Eltern, die weitere Entwicklung abzuwarten und sich nicht durch alarmierende Meldungen beunruhigen zu lassen. Beim Stadtschulrat hat heute eine Elterndeputation gegen die Schulzustände im 2. Bezirk energisch protestiert, obwohl sich gerade im 2. Bezirk der Schulbeginn völlig reibungslos vollzogen hat.